

Presseaussendung zu den Budget-Begleitgesetzen der Katholischen ArbeitnehmerInnen-Bewegung (KABÖ)

Budget 2011 = an Zynismus grenzende „soziale Treffsicherheit“

Als „soziale Schande“ bezeichnet die Katholische ArbeitnehmerInnen-Bewegung (KABÖ) das von der Bundesregierung nach monatelangem Schweigen vorgelegte Sparbudget: zur Kasse gebeten werden in erster Linie Familien und Pflegebedürftige, während große Vermögen in der Substanz nicht belastet werden. Es stellt sich daher die Frage, was jene Personen zur Budgetsanierung beitragen, die zu den Reichsten in Österreich gehören, jene 10 Prozent, in deren Händen sich 60 Prozent des Gesamtvermögens befinden.

Was bedeutet soziale Gerechtigkeit für die Budgetverantwortlichen wirklich, wenn sie – ohne sich scheint's zu schämen – z.B. bei der Mehrkinderfamilienzulage ab dem dritten Kind bzw. gerade bei Pflege- und Hilfsbedürftigen den Sparstift ansetzen? In beiden Fällen wird es Menschen treffen, die heute schon oftmals von Armut betroffen sind bzw. an der Armutsgrenze leben.

Alle müssen etwas beitragen, es wird keine soziale Schieflage geben, wurde monatelang versichert. Gleichzeitig wurde kampagneartig gegen eine Erhöhung der Steuern auf Vermögen polemisiert, obwohl von einigen Vermögenden öffentlich die Bereitschaft erklärt wurde, einen angemessenen Beitrag zur Budgetsanierung leisten zu wollen.

Die KABÖ erwartet von der Bundesregierung, dass sie in ihrer Verantwortung für alle Gruppierungen unseres Landes die Budgetvorlage neu überdenkt, den Mut aufbringt, einseitigem Lobbyismus zu widersprechen und den ethischen Anspruch auf gerechte Verteilung der Belastungen im Budget umsetzt.